



Niederschrift

7. (außerordentliche) öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

Sitzungstermin:	Dienstag, 12.05.2020
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:32 Uhr
Ort, Raum:	Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Imke Eisenblätter	SPD	Sitzungsleitung
------------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	ab 16:15 Uhr
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Isabelle Vandre	DIE LINKE	
Frau Julia Laabs	DIE aNDERE	
Herr Ambros Josef Tazreiter	AfD	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Nico Marquardt	SPD
---------------------	-----

sachkundige Einwohner

Frau Heiderose Gerber	DIE aNDERE
Herr Hendrik Nolde	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Kerstin Sammer	CDU
Herr Tom Seefeldt	Freie Demokraten
Frau Nina Waskowski	DIE LINKE

Beigeordnete

Frau Brigitte Meier	Geschäftsbereich 3
---------------------	--------------------

Vertreter der Beiräte

Herr Dr. Klaus G. Hardenberg	Seniorenbeirat
Frau Manuela Kiss	Beirat für Menschen mit Behinderungen
Herr Kai Okurka	Beirat für Menschen mit Behinderungen
Frau Maria Pohle	Migrantenbeirat

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	entschuldigt
Herr Lars Eichert	CDU	nicht entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Andreas Koch	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Bertram Otto	SPD	entschuldigt

Gäste:

Frau Wiebke Bartelt	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Elke Koleynyk	Bereich Umwelt und Natur
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Herr Jörg Bindheim	Fachbereich Soziales und Inklusion
Frau Magdolna Grasnick	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Nicolas Schröder	Betrieblicher Brandschutzbeauftragter
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.02.2020 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Standard für Einzelfallhelfer*innen an Schulen
Vorlage: 19/SVV/0745
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.2 Barrierefreier Zugang zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: 19/SVV/1286
Fraktion DIE aNDERE
- 4.3 Silvesterfeuerwerk ohne Böller
Vorlage: 20/SVV/0163
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.4 Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe
Vorlage: 20/SVV/0223
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.5 Bürgerkoordinatorin/Bürgerkoordinator "Eine Waldstadt"
Vorlage: 20/SVV/0256
Fraktion SPD
- 4.6 Sozialzentrum
Vorlage: 20/SVV/0259
Fraktion SPD

- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Information zum Klinikum Ernst von Bergmann
- 5.2 Lebensmittelverschwendung verringern
Vorlage: 20/SVV/0131
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 5.3 Defibrillatoren und Ersthilfekurse in öffentlichen Einrichtungen
Vorlage: 20/SVV/0134
Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation
- 5.4 Bericht zu Gebietskulissen der Wohnraumförderung
Vorlage: 20/SVV/0210
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.02.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 18.02.2020 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird mehrheitlich **bestätigt**.

Anschließend bittet Frau Eisenblätter um Abstimmung über die Tagesordnung. Sie schlägt vor, den Antrag 19/SVV/0745 „Standard für Einzelfallhelfer*innen an Schulen (TOP 4.1) erst aufzurufen, wenn Frau Schulze anwesend ist.

Der Antrag 19/SVV/1286 „Barrierefreier Zugang zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung“ (TOP 4.2) sollte zurückgestellt werden, da sich keine neuen Erkenntnisse ergeben haben.

Frau Laabs bittet, den Antrag zu beraten, da das Anliegen des Antrages nicht standortbezogen ist.

Somit wird die Drucksache in der heutigen Sitzung beraten.

Des Weiteren gibt Frau Eisenblätter bekannt, dass der Antrag 20/SVV/0223 „Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe“ (TOP 4.4) zurückgestellt werden soll, da Änderungsanträge geplant sind.

Abschließend schlägt sie vor, die Mitteilungsvorlagen zu den Tagesordnungspunkten 5.3 und 5.4 zur Kenntnis nehmen. Die Mitteilungsvorlage 20/SVV/0131 „Lebensmittelverschwendung verringern“ (TOP 5.2) sollte auf die nächste Sitzung vertagt werden.

Frau Laabs bittet um Informationen zur Mitteilungsvorlage 20/SVV/0134 „Defibrillatoren und Ersthilfekurse in öffentlichen Einrichtungen“ (TOP 5.3).

Herr Fröhlich bittet zum TOP 5.1 um weitergehende Informationen als nur zum Klinikum Ernst von Bergmann.

Frau Eisenblätter stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Die so geänderte Tagesordnung wird mehrheitlich **bestätigt**.

zu 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Der Bericht des Seniorenbeirates sowie der Bericht des Migrantenbeirates liegen schriftlich vor und werden zur Kenntnis genommen.

Frau Laabs fragt, warum der Beirat für Menschen mit Behinderung keinen Bericht vorgelegt hat.

Frau Kiss erklärt daraufhin, dass innerhalb des Beirates keine Verständigung gab, was berichtet werden soll. Des Weiteren teilt sie mit, dass es keine wesentlichen berichtenswerten Punkte gibt.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Standard für Einzelfallhelfer*innen an Schulen

Vorlage: 19/SVV/0745

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Bartelt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bringt die neue Fassung des Antrages ein und begründet diese.

Herr Bindheim weist darauf hin, dass die Verwaltung an das SGB IX gebunden ist. Er betont, dass es sich hier um freiwillige Leistungen handelt, die ca. 150 Fälle umfasst, die monatlich einen höheren Kostensatz in Anspruch nehmen.

Frau Schulze fragt die Verwaltung, welche Ausführungsbestimmungen bereits existieren, an die sich die Träger halten müssen und welche Rahmenverträge bestehen.

Herr Bindheim informiert, dass es fünf unterschiedliche Rahmenverträge gibt.

Frau Schulze bittet um Vertagung des vorliegenden Antrages, um die Möglichkeit der Akteneinsicht wahrnehmen zu können. Auch um den Antrag ggf. konkretisieren zu können.

Frau Meier weist darauf hin, dass es eine klare Zuteilung der Fachkräfte und Hilfskräfte gibt. Sie verweist auch darauf, dass es aktuell einen Fachkräftemangel gibt. Es muss auch bedacht werden, wie die Fachkräfte entlastet werden und Hilfsarbeiten anders übernommen werden können.

Frau Laabs berichtet, dass sie in der Praxis oft erlebt, dass die Kinder, die eine Fachkraft benötigen, eine Assistenz an die Seite bekommen. Aus ihrer Sicht kann durch eine bessere Bezahlung auch die Gewinnung von Fachkräften gelingen. Sie spricht sich dafür aus, über den Antrag abzustimmen.

Herr Fröhlich stimmt der Zurückstellung der Drucksache zu.

Frau Kiss bittet zu überlegen, auch andere Fachkräfte, die für Inklusion ausgebildet sind, einzustellen wie z.B. Heilerziehungspfleger und Heilpädagoginnen.

Frau Meier weist darauf hin, dass auch bei den genannten Fachkräften ein Mangel besteht.

Herr Fröhlich betont, dass diese Gruppen im Antrag enthalten sind. Er spricht sich für die Prüfung durch Frau Schulze und Zurückstellung aus.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Zurückstellung des Antrages.

Der Zurückstellung wird mehrheitlich zugestimmt.

zu 4.2 Barrierefreier Zugang zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung

Vorlage: 19/SVV/1286

Fraktion DIE aNDERE

Frau Meier informiert, dass von Seiten des Bereichs Presse und Kommunikation mitgeteilt wird, dass für die Realisierung der technischen Umsetzung der Übertragung der SVV inklusive Gebärdendolmetscher bislang im Haushalt keine Mittel eingestellt sind.

Für die Übertragung der Stadtverordnetenversammlung werden mindestens zwei DolmetscherInnen benötigt. Das Büro der Stadtverordnetenversammlung hat dafür ein Budget im Doppelhaushalt vorgesehen. Aufgrund der erhöhten Nachfrage nach GebärdendolmetscherInnen ist die personelle Dienstleistung durch Dritte derzeit aber nicht abgesichert.

Die technische Umsetzung Bild in Bild im Livestream ist möglich und könnte wahrscheinlich durch eine Erweiterung des bestehenden Vertrages realisiert werden. Die Gebärdensprache würde dann sowohl bei der Liveübertragung als auch im Archiv zur Verfügung stehen. Laut vorliegendem Angebot des Dienstleisters kostet dies 600 Euro zusätzlich pro Sitzungstag. Bei pro Jahr acht Sitzungen, einer Sondersitzung und einer Verlängerung der Sitzung an einem weiteren Tag entstehen Mehrkosten in Höhe 6000 Euro.

Den Livestream der Stadtverordnetenversammlung verfolgen regelmäßig zwischen 50 und 100 NutzerInnen live. Die Aufzeichnung wird am Freitag nach der Sitzung als On-Demand-Video auf der Homepage der Landeshauptstadt angeboten. Dieser Service wird regelmäßig genutzt, etwa 400 bis 500 Zugriffe durchschnittlich sind dabei in den Tagen nach der SVV zu verzeichnen.

Frau Laabs findet es schwierig, die Barrierefreiheit an Zahlen festzumachen. Für sie ist dies eine Frage der Haltung.

Frau Meier weist darauf hin, dass damit nur eine Zielgruppe erreicht wird. Es gibt aber sehr viele unterschiedliche Beeinträchtigungen.

Frau Eisenblätter fehlt hier die Einbindung des Beirates. Die Barrierefreiheit sollte in Gänze betrachtet werden.

Frau Kiss betont, dass die Inklusion von Anfang an gelebt werden muss. Sie bittet, zunächst anzufangen und zu sehen, wie dies angenommen wird. Grundsätzlich gilt das Recht auf Teilhabe.

Herr Nolde schlägt vor, schrittweise ein Konzept zu entwickeln, um dies anzugehen.

Frau Vandre erinnert an die Debatte der letzten Sitzung des GSWI-Ausschusses, in der sich alle einig waren, dies umzusetzen und die Barrieren in der Stadtverordnetenversammlung sukzessive abzubauen.

Herr Okurka spricht sich ebenfalls dafür aus, mit der Herstellung der Barrierefreiheit zu beginnen.

Frau Meier weist darauf hin, dass es bereits jetzt schon möglich ist, für die Stadtverordnetenversammlung Gebärdendolmetschen mit einer Vorlaufzeit von 10 Tage zu beantragen.

Frau Eisenblätter fasst zusammen, dass nichts dagegen spricht, über die vorliegende Drucksache abzustimmen und stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, die Ergebnisse aus der zur Kenntnis genommenen Mitteilung DS 17/SVV/0932 „Barrierefreier Zugang zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung“ umzusetzen und weiterhin bestehende Zugangshindernisse zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung schrittweise abzubauen.

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel für eine Untertitelung des Live-Streams oder für die zusätzliche Einspielung einer/s Gebärdendolmetschenden ab sofort regelmäßig zusätzlich in die Haushaltsentwürfe der Landeshauptstadt Potsdam einzustellen.

Darüber hinaus soll die Funktionsfähigkeit der Aufzüge im Stadthaus durchgehend gewährleistet werden. Die Reparaturfristen sind durch geeignete Maßnahmen zu verkürzen.

2. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung wird beauftragt, im Plenarsaal Blinden und sehbehinderten Menschen geeignete Plätze nahe dem Eingang zur Verfügung zu stellen.

Bei Voranmeldung sollen sehbehinderten und mobilitätseingeschränkten Menschen vorrangig Plätze im Plenarsaal reserviert werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4.3 Silvesterfeuerwerk ohne Böller

Vorlage: 20/SVV/0163

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Fröhlich bringt den Antrag ein und macht deutlich, dass es um den Lärm und den Müll in Folge von Feuerwerken geht.

Frau Kolesnyk (Bereich Umwelt und Natur) macht deutlich, dass dies ein nachvollziehbares Anliegen ist. Sie betont, dass ein Verbot von Feuerwerkskörpern mit reiner Knallwirkung nicht zielführend ist. Die Gemeinden, die ein Böllerverbot ausgesprochen haben, haben sich auf den Brandschutz bezogen. Auch ist ein Böllerverbot kaum kontrollierbar.

Ein Feuerwerksverbot kann nur auf Bundesebene ausgesprochen werden. Sie weist darauf hin, dass es bereits jetzt schon verboten ist, in der Nähe von Kirchen, Krankenhäusern und Pflegeheimen zu böllern. Auch ist es ausschließlich am 31.12. erlaubt, Böller und Silvester-Feuerwerke zu benutzen. Ein weiteres großes Problem sind die Abfälle, die beim Böllern hinterlassen werden.

Frau Meier erklärt, dass es aktuell keine Rechtslage gibt, dies zu verbieten. Die einzige Möglichkeit ist die Gefahrenabwehr.

Frau Kolesnyk ergänzt, dass es in Potsdam keine massiven Gefahrenlagen gibt.

Herr Fröhlich betont, dass auch Gehörschäden die Folge von Lärm durch Böller sein können. Er bittet, dies neben den umweltspezifischen und rechtlichen Fragen zu klären. Die gesundheitsrechtlichen Fragen sollten ebenfalls geklärt werden.

Frau Meier erklärt, dass es dafür keine rechtliche Grundlage gibt.

Herr Fröhlich bittet um Zurückstellung der Drucksache.

Frau Eisenblätter stellt dies zur Abstimmung.

Der Zurückstellung wird mit 6 Zustimmungen und 2 Ablehnungen mehrheitlich zugestimmt.

zu 4.4 Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe

Vorlage: 20/SVV/0223

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 4.5 Bürgerkoordinatorin/Bürgerkoordinator "Eine Waldstadt"

Vorlage: 20/SVV/0256

Fraktion SPD

Frau Eisenblätter bringt den Antrag ein und begründet diesen. Sie benennt die Akteure, die sich dafür ausgesprochen haben. Des Weiteren bittet sie um Zustimmung für den Ursprungsantrag, da die beiden Änderungsanträge das Anliegen aufweichen.

Frau Schulze unterstützt den ursprünglichen Antrag, da dieser die Arbeit der Träger in den beiden Stadtteilen sehr unterstützen würde.

Frau Laabs unterstützt den Antrag ebenfalls.

Herr Nolde fragt, was aus den Ergebnissen der Stadtteilarbeit geworden ist.

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) betont, dass im derzeitigen Haushalt für die Koordinierungsstelle keine Mittel eingestellt sind. Auch personelle Kapazitäten sind bislang nicht vorhanden.

Er weist darauf hin, dass die Waldstadt bisher vom gemeinsamen Stadtteilrat Schlaatz/ Waldstadt profitieren konnte. Der Antrag ist aus seiner Sicht inhaltlich richtig, ist aber nicht umzusetzen.

Nach einer kurzen Abstimmung verständigen sich die Ausschussmitglieder, den 2. Satz des Antrages wie folgt zu ändern: „Über den Vorschlag ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause 2020 zu informieren.“

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Frau Eisenblätter die so geänderte Fassung der Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Vorschlag vorzulegen, wie und wo eine Koordination von bürgerschaftlich-ehrenamtlichem Engagement und Gemeinwesenarbeit gemeinsam für die Waldstadt I und II angeboten werden kann. Über ~~das Prüfergebnis~~ **den Vorschlag** ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer ~~Sitzung im Juni 2020~~ **ersten Sitzung nach der Sommerpause 2020** zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

zu 4.6

Sozialzentrum

Vorlage: 20/SVV/0259

Fraktion SPD

Frau Eisenblätter bringt den Antrag ein und begründet diesen. Sie betont, dass die derzeitigen Räumlichkeiten der Suppenküche und der Tafel nicht mehr ausreichend sind.

Frau Laabs stimmt dem Antrag zu und betont, dass sie es sehr traurig findet, dass diese Einrichtungen so gebraucht werden, obwohl Deutschland ein so reiches Land ist.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Frau Eisenblätter die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, an welcher Stelle ein

Sozialzentrum entstehen kann, das als zentrale, niederschwellige Anlaufstelle diverse soziale Hilfsangebote bündelt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Information zum Klinikum Ernst von Bergmann

Frau Meier informiert, dass aktuell im Klinikum Ernst von Bergmann 14 mit dem Corona Virus infizierte Patienten auf der Normalstation betreut werden und 4 Personen auf der Intensivstation, von denen 4 beatmet werden.

Seit dem 25.04.2020 sind Herr Steckel und Herr Schmidt als Geschäftsführer eingesetzt.

Das Klinikum Ernst von Bergmann wurde in drei Bereiche aufgeteilt. Ein entsprechendes Patienten- und Personalmanagement muss nun aufgebaut werden. Ebenso müssen entsprechende Wegeverbindungen geschaffen werden, die sich nicht kreuzen dürfen.

Mit diesem Neustart wurde am vergangenen Wochenende begonnen. Ziel ist, stufenweise zu einem Normalbetrieb unter Covid-Bedingungen zu kommen. Mittelfristig wird von ca. 600 Betten ausgegangen. Finanzielle Auswirkungen sind noch nicht absehbar.

Frau Meier verweist auf das Management von COVID-19 in der Seniorenpflege auf Hermannswerder. Hier wurde die Situation hervorragend gemeistert.

Eine größere Herausforderung war die Gemeinschaftsunterkunft in der Zeppelinstraße. Durch Abverlegungen konnte eine gute Lösung gefunden werden. Die Gemeinschaftsunterkünfte werden nun auf Pandemiepläne und ggf. Platzreduzierungen geprüft.

Herr Fröhlich spricht die Quarantäne-Regelungen für die Gemeinschaftsunterkünfte an, die aus seiner Sicht weitestgehend gut waren. Er fragt, ob es bereits Absprachen mit dem Land zu Gemeinschaftsunterkünften oder anderer Unterkünfte gibt, in denen die Menschen relativ eng zusammenleben.

Frau Schulze fragt nach den Kosten für die Abverlegungen der Gemeinschaftsunterkunft und wer diese getragen hat.

Frau Vandre betont, dass Gemeinschaftsunterkünfte nur vorübergehende Unterbringungsmöglichkeiten sein sollen. Sie fragt, ob es Planungen gibt, diese zu minimieren und andere Unterbringungslösungen zu finden.

Sie informiert, dass es im Jugendhilfeausschuss am 30.04.2020 einen ausführlichen Bericht zu Beschulung von Kindern aus Gemeinschaftsunterkünften gab. Sie fragt, ob es hier eine Zusammenarbeit der beiden zuständigen Geschäftsbereiche gibt.

Frau Pohle betont, dass es von Seiten des Migrantenbeirates für sehr wichtig befunden wird, auch die Kinder in die Pandemiepläne einzubeziehen. Der Migrantenbeirat hat ein schriftliches Konzept vorgelegt, wie digitales Lernen in Gemeinschaftsunterkünften optimiert werden kann. Sie fragt, mit wem dies kommuniziert werden kann.

Frau Grasnick fragt, wie die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden ist und ob es einen Zusammenschluss gibt, um die Erstattung der Kosten zu regeln.

Frau Meier erklärt, dass die RKI-Richtlinien den Trägern zur Verfügung gestellt wurden. Auch die Erkenntnisse der Pflegeeinrichtung Hermannswerder wurden den Trägern zur Verfügung gestellt.

Die Kosten für die Abverlegung müssen aus ihrer Sicht im Rahmen des Landesaufnahmegesetzes geregelt werden. Dazu gibt es Gespräche mit dem Land.

Es gibt auch eine gute Zusammenarbeit mit dem Krisenstab des Landes und mit dem MSGIV.

Herr Jekel teilt mit, dass nach weiteren Möglichkeiten für die Finanzierung von Laptops für die Beschulung der Kinder in den Gemeinschaftsunterkünften gesucht wird. Dafür ist er selbst der Ansprechpartner.

Unter Pandemiebedingungen sind Unterbringungen in Gemeinschaftsunterkünften keine gute Möglichkeit. Dies war vorher bereits erkannt. Hier müssen Lösungen gefunden werden.

Frau Meier ergänzt, dass es bereits Gespräche mit der Pro Potsdam GmbH gibt, um Ideen zu entwickeln. Diese werden dann im GSWI-Ausschuss vorgestellt.

zu 5.2 Lebensmittelverschwendung verringern

Vorlage: 20/SVV/0131

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Die Mitteilungsvorlage wird zurückgestellt.

zu 5.3 Defibrillatoren und Ersthilfekurse in öffentlichen Einrichtungen

Vorlage: 20/SVV/0134

Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation

Frau Laabs verweist auf die Aussage, dass Schulen, Kitas und Sportplätze nicht mit Defibrillatoren ausgestattet werden sollen und stattdessen Ersthelferausbildungen zu bewerben und durchzuführen. Aus ihrer Sicht gibt im Rahmen der Pandemie auch in den Schulen ein hohes Risiko gibt.

Herr Schröder (Betrieblicher Brandschutzbeauftragter) erklärt, dass es keine gesetzliche Grundlage dafür gibt. Er verweist auf ein Urteil des Bundesgerichtshofes, dass zumindest die Sportlehrer in der Ersthilfe geschult sein müssen. Des Weiteren teilt er mit, dass im Land Brandenburg künftig im Unterricht ab der 7. Klasse die Erste Hilfe mit auf dem Stundenplan (2 Stunden pro Jahr) stehen soll. Auch die Hilfsfristen gemäß dem Rettungsdienstgesetz des Landes Brandenburg werden in Potsdam eingehalten. Die Randgebiete sind über die Freiwilligen Feuerwehren abgesichert.

In der Verwaltung sind über 400 Ersthelfer ausgebildet. Zu den bereits mit Defibrillatoren ausgestatteten Standorten der Verwaltung ist die Ausstattung weiterer 8 Standorte geplant.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Bericht zu Gebietskulissen der Wohnraumförderung

Vorlage: 20/SVV/0210

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Sonstiges

Frau Grasnack teilt mit, dass die Bewerbungsgespräche für die Stelle der/des Beauftragten für Menschen mit Behinderung bevorsteht. Diese Gespräche finden in der 22. Kalenderwoche vom 26.05. bis zum 29.05.2020 durchgeführt werden. Die Fraktionen erhalten zeitnah eine Einladung zu den Gesprächen. Auch der Beirat für Menschen mit Behinderung der LHP und der des Landes werden dazu eingeladen.

Es wird aber darum gebeten, dass eine Person in den Fraktionen benannt wird, die an allen Tagen an den Gesprächen teilnimmt.

Herr Nolde fragt nach zum Prozess an sich, ob die Fraktionen daran teilnehmen wollten und sollten.

Frau Laabs fragt, ob es prinzipiell möglich ist, dass die Personen wechseln.

Frau Schulze fragt, wie viele Bewerbungen gab es, wie viele wurden zu Gesprächen eingeladen. Sie betont, dass es bisher eine Beteiligung der Fraktionen gab, die Entscheidung aber dem Oberbürgermeister obliegt.

Zur Zahl der Bewerbungen kann Frau Grasnack keine Aussage treffen, sagt aber zu, die Information nachzureichen.

Frau Eisenblätter schlägt vor, in der Sitzung am 26.05.2020 die Zurückstellungen der heutigen Sitzung sowie die Anträge zum Bürgerhaushalt 2020/2021 zu behandeln.

In der Sitzung am 16.06.2020 sollten dann die Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung vom 20.05.2020 und vom 03.06.2020 beraten werden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 26. Mai 2020, 18:00 Uhr

Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin